

Mut zum Lobbying

Wissenschaftler müssen über ihren Schatten springen und ihre Anliegen endlich lautstark vertreten

Hans-Olaf Henkel

Man kann nicht sagen, dass sich die deutsche Öffentlichkeit nicht für Wissenschaft interessiert. Kratzfester Autolack, die neueste Krebstherapie oder das Wasser auf dem Mars – über die Ergebnisse von Grundlagenforschung und Technologieentwicklung liest, sieht und hört das Publikum gerne. Das zeigen nicht zuletzt die vielen neuen Wissenschaftssendungen im Fernsehen. Aber für die strukturellen Rahmenbedingungen, unter denen die öffentlich finanzierten Forscher arbeiten, interessiert sich keiner. Dabei liegt dort vieles im Argen, bei der Finanzierung angefangen. Daran sind die Wissenschaftler nicht unschuldig.

Denn in Deutschland gibt es zwar Anwälte für alles Mögliche. Die Vertreter der Autofahrer, der Landwirtschaft, der Ärzte schließen sich für ihre jeweiligen Interessen zu lautstarken Chören zusammen. Für den Fußball kämpft sogar der Kanzler. Nur zugunsten der Wissenschaft meldet sich niemand zu Wort. Wenn es um den wichtigsten Teil unserer Zukunftsgestaltung geht, herrscht betretenes Schweigen.

Ich habe mich gefragt, warum das so ist. Inzwischen meine ich, eine Antwort zu kennen. Wissenschaftler (vor allem Naturwissenschaftler) sind zunächst einmal mit ihren Projekten befasst. Polemik und Rhetorik bleiben ihnen fremd. Alles Politische im weitesten Sinn ist ihnen zuwider. Mehr noch: In der *Scientific Community* gilt es noch immer vielfach als unfein, sich in politische Debatten einzumischen. Dazu passt das Ergebnis einer Studie, die unlängst im zur Leibniz-Gemeinschaft gehörenden Zentrum für Psychologische Information und Dokumentation entstand. „Erwähnungen in den Massenmedien“ stehen demnach noch immer am untersten Ende dessen, womit Forscher ihr Ansehen unter ihresgleichen aufpolieren können. Deshalb können Politiker den Wissenschaftlern abstruse Gesetze zu-

muten, ohne Gefahr zu laufen, sich mit hörbaren Protesten auseinander zu setzen.

Ein weiterer Grund der akademischen Zurückhaltung liegt darin, dass die Professoren von denen abhängig sind, die sie kritisieren. Also kritisieren sie nicht. Als BDI-Präsident konnte ich Kanzler Schröder klar ins Auge sagen: Ihre Politik taugt nichts. Und ich habe das auch zu Kohl gesagt. Wenn sich das der Vertreter einer Wissenschaftsorganisation herausnimmt, muss er damit rechnen, vom Zuwendungsgeber mit Liebesentzug, sprich Budgetkürzung, bestraft zu werden. Wirtschaftsplan- und Budgetverhandlungen bieten den Geldgebern vielfältige Möglichkeiten, die Daumenschrauben anzulegen und politisch missliebiges Verhalten zu bestrafen. Trotz grundgesetzlich garantierter Freiheit der Forschung.

Dabei kann unsere Demokratie ohne den engagierten Streit zwischen den Interessengruppen nicht funktionieren. Sie lebt davon, dass Interessen organisiert und artikuliert werden. Denn die Voraussetzung dafür, im nächsten Schritt die unterschiedlichen Interessen in einem Kompromiss auszugleichen, ist, sie erst einmal auf den Tisch zu legen. Das gilt auch, wenn es um Konflikte zwischen Politik und Forschung, Zuwendungsgeber und Zuwendungsnehmer geht.

Konkret heißt das: Wissenschaftler sollten sich nicht mehr länger selbst einen Maulkorb anlegen oder hinter verschlossenen Türen zaghaft ihre abweichende Meinung zu Protokoll geben. Die Geldgeber dürfen Kritik nicht länger als Majestätsbeleidigung begreifen. Und es nicht übel nehmen, wenn diese – den Gesetzen der Mediendemokratie folgend – in klare Worte und knackige Sätze gepackt wird.

Ich bin im Juli 2001 angetreten, der Wissenschaft eine Stimme zu geben. Wenn ich also heute einen großen Teil meiner Zeit und Energie für die Leibniz-Gemeinschaft einsetze, so kämpfe ich nicht nur

für die 79 in der Organisation zusammengeschlossenen Institute und ihre 12 000 Mitarbeiter, sondern für Wissenschaft und Forschung insgesamt. Ob mit Erfolg, müssen andere beurteilen.

Gründe zum Protest gab und gibt es jedenfalls genug. Noch immer fehlen jedes Jahr 20 Milliarden Euro Forschungsausgaben, um an das Niveau früherer Jahre oder die Forschungsintensität der USA oder Japans heranzukommen. Zwar hatte die rot-grüne Regierung der Wissenschaft nach 1998 mehr Gewicht gegeben und einen schleichenden Aushöhlungsprozess in den letzten Kohl-Jahren gestoppt. Aber auch sie hat sich nicht wirklich gegen die gut organisierte Lobby der sozialen Systeme durchsetzen können, die jedes Jahr 600 Milliarden Euro verbrauchen. Mit einer Wissenschaftslobby, die diesen Namen verdient, wäre es vielleicht geglückt. Wer weiß.

Aber es gibt auch Lichtblicke. Ein Aspekt der fünften Novelle des Hochschulrahmengesetzes hat in diesem Frühjahr breiten Protest in der Wissenschaft hervorgerufen. Ich selbst war fassungslos, dass Forscher zukünftig nur noch zwei Mal sechs Jahre befristet beschäftigt sein dürfen, um dann entweder einen unbefristeten Vertrag zu erhalten oder ins Ausland zu gehen oder sich beim Arbeitsamt anzustellen. Zu einer Rücknahme des Gesetzes kam es zwar nicht. Aber dank des beispiellosen Proteststurms aus der Wissenschaft, der sich auch recht geschickt der Medien bediente, hat die Bundesforschungsministerin nachbessern müssen und eine Übergangslösung zugelassen. Das ist von einer wirklich guten Lösung noch weit entfernt. Aber es zeigt doch, dass die Wissenschaft prinzipiell in der Lage ist, eine Lobby zu organisieren. Das war ein wichtiger Schritt zur Emanzipation. Weitere müssen folgen.



Hans-Olaf Henkel ist seit Juli 2001 Präsident der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz. Zuvor stand der ehemalige IBM-Manager und Honorar-Professor an der Uni Mannheim sechs Jahre an der Spitze des Bundesverbandes der Deutschen Industrie BDI.